

**Universitätsstadt Tübingen**

Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales

Chemnitz, Holger Telefon: 07071-204-1350

Gesch. Z.: /

Vorlage

281a/2015

Datum

16.11.2015

**Beschlussvorlage**zur Vorberatung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**zur Behandlung im **Gemeinderat**

---

**Betreff:** **Pauschalierung der Gebührenrückerstattung für die Streiktage in den städtischen Kindertageseinrichtungen und der Schulkindbetreuung****Bezug:** 281/2015, 530/2015**Anlagen:** 0

---

**Beschlussantrag:**

1. Die Verpflegungsgebühren werden den betroffenen Eltern für sieben Streiktage anteilig zurückerstattet. Berechnungsgrundlage sind die Gebühren für den Monat Mai.
2. Die Betreuungsgebühren werden den betroffenen Eltern für fünf Streiktage anteilig zurückerstattet. Berechnungsgrundlage sind die Gebühren für den Monat Mai.
3. Die Rückerstattung erfolgt pauschal für alle Eltern in von den Streiks betroffenen Einrichtungen, unabhängig von den konkreten Streiktagen der Einrichtungen. Lediglich Eltern aus Einrichtungen, in denen gar nicht gestreikt wurde, sind von der Rückerstattung ausgenommen.
4. Die auf einen weiteren Streiktag entfallenden anteiligen Betreuungsgebühren werden den Budgets der betroffenen Einrichtungen zur Beschaffung von Ausstattungsgegenständen gutgeschrieben.

**Ziel:**

Verringerung des mit der Rückerstattung verbundenen Verwaltungsaufwandes.

## **Begründung:**

### **1. Anlass**

Die Verwaltung hat im Nachgang zur Erstellung der Vorlage 281/2015 noch einmal geprüft, ob es ein Verfahren gibt, dass den sehr hohen Verwaltungsaufwand reduziert und unterbreitet dazu jetzt einen Alternativvorschlag.

### **2. Sachstand**

Das in Vorlage 281/2015 beschriebene Verfahren basiert auf einer individuellen Prüfung; eine Rückerstattung sollte nur erfolgen, wenn das Kind am Streiktag tatsächlich eine Betreuung bzw. ein Essen in Anspruch genommen hätte. In Einrichtungen, in denen weniger als fünf Tage gestreikt wurde, wäre nur der entsprechende Anteil für weniger als fünf Tage zurückerstattet worden. Eine solche Rückerstattung ist aufgrund der sehr unterschiedlichen Streikbeteiligung der Einrichtungen sowie der einkommensabhängigen und damit sehr individuellen Betreuungsgebühren mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand verbunden.

Allein im Bereich der Kindertagesbetreuung haben sich 39 von 41 Einrichtungen mindestens an einem Tag am Streik beteiligt. In diesen Einrichtungen wurden im Streikzeitraum bis zu 1.819 Kinder betreut. In der Schulkindbetreuung kommen weitere 293 Fälle dazu, sodass für die Rückerstattung bis zu 2.112 Einzelfälle zu bearbeiten sind. Setzt man eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von nur fünf Minuten an, ist mit einem Aufwand von 176 Arbeitsstunden (4,5 Wochen bei 39 Stunden / Woche) zu rechnen. Dieser Aufwand erscheint der Verwaltung nach nochmaliger Prüfung nicht für gerechtfertigt. Eine automatisierte Lösung über das Kita-Verwaltungsprogramm wurde auch für diese Fallkonstellationen geprüft, wäre aber in der Programmierung sehr komplex und hätte auch umfangreiche Vorarbeiten der Verwaltung zur Folge. Eine Abwicklung noch im Jahr 2015 ist damit ausgeschlossen.

### **3. Vorschlag der Verwaltung**

Daher schlägt die Verwaltung eine weitgehende Pauschalierung der Rückerstattung vor. Alle Eltern, deren Kinder eine Einrichtung besucht haben in der an mindestens einem Tag gestreikt wurde, erhalten

- 1/4 (5 von durchschnittlich 20 Tagen) der Betreuungsgebühren zurück, Berechnungsgrundlage sind die Gebühren für den Monat Mai und
- 7/20 (7 von durchschnittlich 20 Tagen) der Verpflegungsgebühren zurück, Berechnungsgrundlage sind die Gebühren für den Monat Mai.

Der Verwaltung ist bewusst, dass diese Lösung nicht zu einer Gerechtigkeit im Einzelfall führt und Eltern bevorteilt, die weniger als fünf Tage vom Streikt betroffen waren. Dies trifft auf 12 von 39 Einrichtungen zu, davon waren 6 an vier Tagen geschlossen. In Abwägung mit dem enormen Aufwand einer individuellen Rückerstattung und der damit verbundenen Verwaltungskosten jedoch wird dieser Umstand in Kauf genommen.

Durch die pauschale Lösung ist eine umfassende technische Unterstützung möglich. Der Arbeitsaufwand in der Verwaltung wird minimiert. Dadurch scheint auch eine Rückerstattung der Betreuungs- und Verpflegungsgebühren noch im Jahr 2015 möglich.

Die auf einen weiteren Streiktag entfallenden anteiligen Betreuungsgebühren sollen den Budgets der betroffenen Einrichtungen zur Beschaffung von Ausstattungsgegenständen gutgeschrieben werden.

Das zusätzliche Budget für Beschaffungen kann durch die Einrichtungen bis zum Rechnungsschluss Mitte Dezember nicht mehr sinnvoll bewirtschaftet werden. Die Verwaltung wird die dafür notwendigen Mittel zur Übertragung anmelden.

#### 4. **Lösungsvarianten**

Es wird entsprechend Vorlage 281/2015 verfahren. Die Rückerstattungen wären im Einzelfall gerechter, der Verwaltungsaufwand dafür ist wesentlich höher. Die Erstattungen können nicht im Jahr 2015 umgesetzt werden.

#### 5. **Finanzielle Auswirkung**

Durch die pauschale Rückerstattung der Verpflegungsgebühren verzichtet die Stadt auf ca. 24.000 Euro Einnahmen bei HHSt. 1.4642.1101.000 (Verpflegungskostenpauschale) sowie auf ca. 5.600 Euro bei HHSt. 1.2913.1101.000 (Verpflegungskostenpauschale). Es entstanden aber auch entsprechend geringere Kosten.

Für den Monat Mai wurden insgesamt 267.300 Euro an Betreuungsgebühren für die 39 vom Streik betroffenen Kindertageseinrichtungen bei HHSt. 1.4642.1100.000 (Betreuungsgebühren) eingenommen. Den Eltern sollen pauschal 1/4 dieser Gebühren zurückerstattet werden. Daraus ergibt sich ein Rückerstattungsbetrag von insgesamt 66.825 Euro. Der Wert von einem Streiktag in Höhe von weiteren 13.365 Euro soll die Budgets der Kindertageseinrichtungen verstärken und wird zu HHSt. 1.4642.5220.000 (Anschaffung/Unterhaltung der Geräte) umgeschichtet.

Für den Monat Mai wurden insgesamt 13.530 Euro an Betreuungsgebühren für die Schulkindbetreuung bei HHSt. 1.2911.1100.000 (Entgelte für die ergänzende Betreuung) eingenommen. Den Eltern sollen pauschal 1/4 dieser Gebühren zurückerstattet werden. Daraus ergibt sich ein Rückerstattungsbetrag von insgesamt 3.383 Euro. Der Wert von einem Streiktag in Höhe von 678 Euro soll die Budgets der Schulkindbetreuung verstärken und wird zu HHSt. 1.2911.5220.000 (Anschaffungen/Unterhaltung der Geräte) umgeschichtet.

Die entsprechenden Beträge für die Verstärkung der Budgets werden von der Verwaltung zur Übertragung angemeldet.

Durch die pauschale Rückerstattungsregelung verzichtet die Stadt auf Besuchs- und Verpflegungsgeldeinnahmen von insgesamt 99.808 Euro. Weitere 14.043 Euro werden aus den Einnahmen für die Verstärkung der Budgets umgeschichtet. Bei den Betreuungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen rechnet die Verwaltung im Jahr 2015 mit Mehreinnahmen in Höhe von ca. 200.000 Euro, so dass die Rückerstattungen und die Umschichten ohne zusätzliche Belastung des Haushalts möglich sind.

Die pauschale Rückerstattungslösung ist gegenüber der dem Vorschlag aus Vorlage 281/2015 um rund 30.000 Euro teurer. Dem steht der deutlich geringere Verwaltungsaufwand gegenüber.

